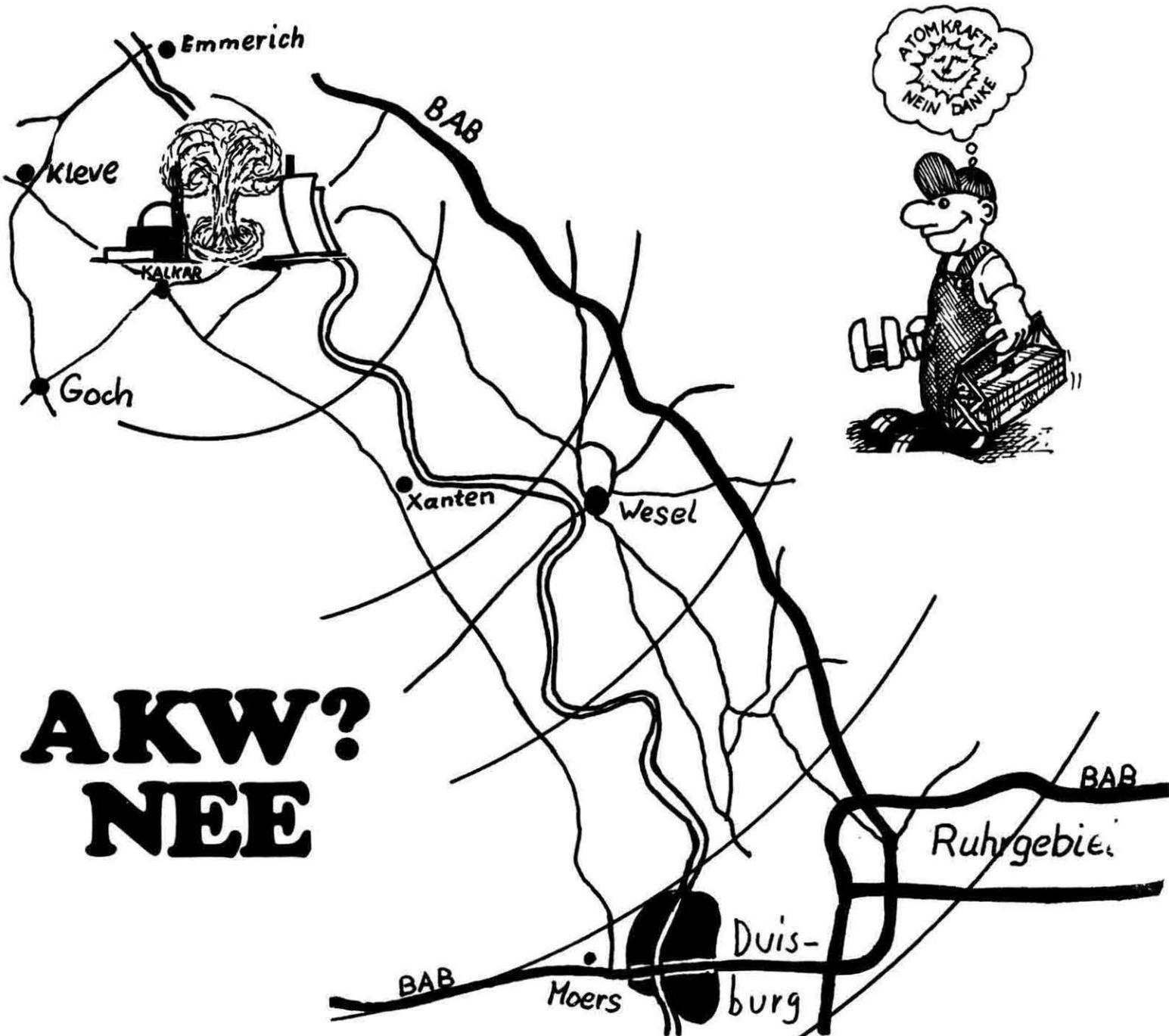


KALKAR INFO



**AKW?
NEE**

**Demonstration
KALKAR 24.9.**



DIE VORBEREITUNGEN FÜR DEN 24.9.77 WEG MIT DEM "SCHNELLEN BRÜTER"

bei einem treffen der atomenergiegegner aus nrw in moers am 23.04.77 haben vertreter des landes-
lijk energie komitee (lek) und der stromgroep
stop kernenergie (ssk) nijmwegen den vorschlag
gemacht, im september am schnellen brüter in
kalkar eine großkundgebung durchzuführen. am
22. mai wurde auf der 1. landeskonferenz nrw
der bürgerinitiativen gegen atomanlagen auf an-
trag der bi stop kalkar (kleve, goch, emmerich,
geldern) mit 28 gegen 12 stimmen (ohne enthal-
tungen) eine großkundgebung am 24.09. beschlos-
sen. dabei war das ziel neben nrw und den nieder-
landen möglichst eine bundesweite mobilisierung
zu erreichen.

dabei gingen wir davon aus:

1. der schnelle brüter ist ein zentrales ketten-
glied im atomenergieprogramm der bundesregierung.
mit dem 'erbrüten' von plutonium sollen die sehr
geringen spaltbaren uranvorkommen erweitert wer-
den und so eine langfristige atomenergiegewin-
nung sichern helfen. so nimmt der schnelle brü-
ter eine zentrale rolle ein, die langfristig gro-
ße profite für die betreiber sichern soll. die
noch größeren gefahren für die bevölkerung werden
bewußt in kauf genommen.



DAMIT 1984 DIE BOMBEN NICHT AUSGEHEN !

+ plutonium ist das gefährlichste gift das wir
kennen, ein gramm fein verteilt , kann bis zu ei-
ner million menschen den krebstod bringen.

+ der schnelle brüter kann explodieren wie eine

atombombe, sei es durch das versagen der kühl-
lung und das entstehen einer kritischen masse.
sei es durch einwirkungen von aussen durch flug-
zeugabsturz oder durch beschuß mit bomben und
granaten im kriegsfall.

+ plutonium 239 ist der baustein der atombombe.

+ bisher funktioniert kein schneller brüter auf
der welt mit 'normalleistung'!

die usa hat diese reaktorlinie aufgegeben, in
england steht eine ruine, in frankreich wird ge-

baut und in der sowjetunion werden die reparatur-
zeiten von kurzen laufzeiten unterbrochen.

der schnelle brüter übertrifft insgesamt bei wei-
tem die gefahren herkömmlicher akws.

deshalb ist es für die gesamte bewegung gegen das
atomenergieprogramm wichtig hier einen neuen
höhepunkt unseres widerstandes zu schaffen.

2. nach den großen erfolgen unseres widerstan-
des: wyhl, brokdorf und grohnde wollen wir einen
neuen höhepunkt im kampf gegen das atomenergie-
programm schaffen. es war vor allem mit brokdorf
am 19.02. gelungen, die überwiegende mehrheit der
atomenergiegegner, der aktiven atomenergiegegner
in der verbotenen demonstration in der wilster
marsch zusammenzuschließen und somit den spaltern
von itzehoe, den vorständen von spd, fdp, cdu,
der dkp bis hin zu wüstenhagen eine empfindliche
schlappe beizufügen. dies zeigte die bereitschaft
den widerstand gegen die atomenergie gestützt auf
unsere eigene kraft und geschlossenheit zu führen
und die sackgasse der parlamente, gerichtsver-
handlungen und scheinheiliger "mitbestimmung" von
sich zu weisen. das verantwortungsvolle handeln
der demonstrationsleitung, nicht in die polizei-
falle zu gehen um eine eventuelle besetzung zu
versuchen, sondern den erzielten erfolg der poli-
tischen einheit von nahezu 40.000 akw-gegnern zu
sichern, zeigte die wirkliche stärke des wider-
standes gegen das atomenergieprogramm der bundes-
regierung.

3. gegen die internationale der betreiber - am
snr 300 in kalkar sind die brd, belgien und die
niederlande beteiligt - wollen wir besonders mit
der erklärten bereitschaft der niederländischen
akw-gegnern einen breiten internationalen protest
organisieren . bereits 1974 hat eine große pro-
testkundgebung in kalkar mit nahezu 10.000 nie-
derländern stattgefunden. sie wollen auch dies-
mal mit 5 - 10.000 akw-gegnern kommen. so stär-
ken wir den widerstand - keine grenze kann uns
daran hindern!

der beschluß für diese großkundgebung wurde durch
gesetzt gegeneinige stimmen, die nichts festlegen
wollten, "da im herbst noch so viel ansteht".
dagegen war die überwältigende mehrheit der bi-
vertreter der meinung, daß über eine bundeswei-
te aktion nur eine bundeskonferenz entscheiden
soll und kann. deshalb wollten wir eine bundeskon-
ferenz anstrengen, um diese fragen zu diskutie-
ren. zum anderen war klar: bei jeder provokation
durch die betreiber, wie die aufhebung des bau-
stopps in brokdorf sind wir bereit unsere planung
zu korrigieren.

es hat sich inzwischen als völlig richtig herausgestellt diese aktion langfristig zu planen und vorzubereiten. gleichzeitig wurde ein planungsausschuß bestimmt, dem die aufgabe oblag, sowohl mit den niederländischen akw-gegnern als auch den örtlichen bis, die teilweise dem bbu angehören die weitere planung vorzunehmen.

die zeit der ausarbeitung des aufrufs und die bestimmung der ziele der aktion am 24.09.!

anfang juni begann die arbeit des planungsausschusses in kleve. sofort setzte eine heftige debatte über den charakter des 24.09. ein. einige vertreter von bbu-initiativen hatten ein konzept für ein 'fest in kalkar' vorbereitet. nach einer gründlichen diskussion zeichnete sich jedoch ab, daß die überwiegende mehrheit ein 'fest' für unzureichend hielt. denn unser kampf gegen das atomenergieprogramm ist ein politischer kampf. nach jahren der gespräche mit parlamentariern und ministern, des streits vor gerichten kommt es jetzt besonders darauf an eine große, einheitliche politische manifestation im vertrauen auf die eigene kraft zu organisieren. seit 1972 ar-

beiten am niederrhein bürgerinitiativen. diese haben eine ganze reihe von verbesserungen der sicherheit durchsetzen können. der praktische widerstand war aber vergleichsweise zu wyhl relativ unentfaltet, so konnte der bau insgesamt nicht verhindert werden. dies hat viele menschen die noch auf die unabhängigkeit der gerichte hofften, sehr enttäuscht, ebenso enttäuschend waren die versprechungen der landtags- und bundestagsabgeordneten und der verschiedenen minister wie matthöfer.

das von ministern und abgeordneten verbreitete und auch von wüstenhagen und anderen aufgegriffene 'moratorium des atomprogramms', das der anti-akw-bewegung die orientierung 'stop atomenergie' aufzwingen sollte wurde grundsätzlich kritisiert. denn wir wollen weder heute noch in 2 oder 5 jahren akws. unser ziel ist die vollständige beseitigung des atomenergieprogramms der bundesregierung. der schnelle brüter ist als ein besonders wichtiger und sehr gefährlicher akw-typ erfordert einen großen zusammenschluß der akw-gegner um einen neuen höhepunkt unseres widerstandes zu schaffen.



vertreter einiger örtlicher bis und auch des holländischen dachverbandes der atomenergiegegner und des ssk-nijmegen wollten grundsätzlich diese orientierung unterstützen, gaben aber zu bedenken, daß bei ihnen 'stop kalkar' sehr viel bekannter ist, weshalb sie dafür plädierten. auf dem hintergrund der gemachten erfahrungen wurde gerade auch von den Vertretern der bis der ersten tage die durchführung einer machtvollen politischen manifestation unterstützt. unsere bisherigen bemühen haben nichts genutzt, jetzt müssen wir auf die straße war die gemeinsame überzeugung. dabei darf kultur nicht fehlen aber sie darf nicht an die stelle des politischen widerstandes treten.

sofort setzte die diskussion ein:

wo werden wir am 24.09. demonstrieren?
vorschläge waren:

1. nur in kalkar (3-4 km vom bauplatz entfernt)
2. in hönnepel (1 km vom bauplatz entfernt)
3. am bauplatz direkt
4. auf der anderen rheinseite (dort wo der bauplatz an den rhein grenzt).

alle gingen davon aus, daß der staat unseren widerstand nicht einfach hinnehmen wird und selbst ein verbot wurde nicht ausgeschlossen. denn inzwischen war bekannt geworden, daß bereits 4 tage nach dem beschluß der landeskonferenz nrw zu dieser großkundgebung - wozu es keine öffentliche erklärung gab - die politische polizei im auftrage der landesregierung in schulgebäuden raum zur unterbringung von 10.000 polizisten und bundesgrenzschützern für den 24.09. gesichert hat. nach gründlicher überlegung wurde dann sehr einmütig beschlossen, die kundgebung auf dem acker des landwirts maas, gegenüber dem schnellen brüter durchzuführen. besonders die niederländischen freunde waren sehr empört über die überlegungen in bundestagsausschüssen, demonstrationen an akw-bauplätzen überhaupt zu verbieten. die notwendigkeit in unserem widerstand gegen das atomenergieprogramm demokratische rechte zu verteidigen wurde erkannt und später in den aufruf mit aufgenommen. dort heißt es:
"gemeinsam mit den niederländischen atomkraftgegnern wird am 24.09. eine breite demonstration

stattfinden. dabei ist es heute dringender denn je, das recht, am bauplatz zu demonstrieren, zu verteidigen. die versuche das demonstrationsrecht durch massive staatliche einschüchterung zu beschneiden, weisen wir zurück und rufen alle gegen des atomprogramms auf, mit uns am bauplatz des schnellen brüters zu demonstrieren.

- wir fordern: - abzug der polizei
 - ungehinderter zugang zum demogelände am bauplatz
 - schluß mit den bürgerkriegsmänavern der polizei
 - ungehinderte an- und abfahrt
 - aller demoteilnehmer, besonders
 - freier grenzübertritt für die holländer
 - wir bestehen auf unserem recht auf dem demogelände am bauplatz zu demonstrieren! "

so wenden wir uns praktisch gegen die einschränkung der demokratischen rechte. gleichzeitig wurdeklar, daß wir die hetze und einschüchterung von regierung und akw-betreibern nicht hinnehmen und ihren versuch die akwbewegung und die einzelnen akw-gegner als 'k r i m i n e l l e', 't e r r o r i s t e n', die nicht(mehr) auf der 'freiheitlich-demokratischen grundordnung' stehen, zum freiwild zu erklären, von uns entschieden zurückgewiesen wird besonders der versuch einen keil in unsere bewegung zu treiben, zwischen den 'friedlichen verführten' und den 'gewalttätern' um so zu 'entmischen' um die bewegung "schritt für schritt" zu zermürben wurde einhellig abgelehnt.

ein hart umstrittener punkt war die frage der bauplatzbesetzungen. dabei wurde klar: die bewegung gegen das atomprogramm in nrw ist noch nicht stark und politisch erfahren genug um zum gegenwärtigen zeitpunkt eine besetzung überhaupt durchzuführen zu können, obwohl ein großer teil der delegierten sich auch für die praktische verhinderung der akws aussprach. so wurde als das entscheidende ziel für den 24.09. herausgestellt: ein breiter politischer zusammenschluß in einer großen demonstration im vertrauen auf die eigene kraft! da einige vertreter örtlicher bbu-initiativen für sich besetzungen prinzipiell ausschlossen, nahmen wir in den aufruf auch auf wunsch der niederländischen freunde wie folgt stellung:

"wir halten bauplatzbesetzungen, wie in wyhl, brokdorf und grohnde für berechnigte kampfaktionen. wir halten eine bauplatzbesetzung in kalkar am 24.09.77 jedoch für nicht durchführbar. eine spätere besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen."

bedeutend für diesen kompromiss war auch die erkenntnis, daß die bewegung gegen das atomprogramm gerade mit den besetzungen und den besetzungsversuchen sich sprunghaft ausdehnte und neue menschen für diese ziele gewonnen wurden. dies wurde auch von denjenigen anerkannt, die sich gegen besetzungen aussprechen. auch wenn es sich konkret um eine minderheit handelte, die diese passage wollte, hat doch die mehrheit dies auf einer erneuten landeskonzferenz verteidigt und dieses bündnis, auf einem kompromiss beruhend gefestigt. damals wollten zwar einige auch nicht besetzen, aber auch diese passage nicht, 'weil dann teile der militanten ausgeschlossen würden'



und ' wir sagen der polizei nicht vorher, was wir vorhaben'. diese argumente wurden verworfen und die weitere entwicklung zeigte die korrekt-heit dieses vorgehens der mehrheit der delegierten. die praktische zusammenarbeit und das gegen-seitige vertrauen der verschiedenen initiativen entwickelte sich.

einige kurze bemerkungen zur verhinderten bundes-konzferenz:
 wir hatten am 3. juli auf der landeskonzferenz be-schlossen, eine bundeskonzferenz einzuberufen. wir

gingen davon aus, daß dies nötig sei, weil kalkar einen zentralen stellenwert im atomprogramm ein-nimmt. des weiteren wollten wir nicht warten, bis aus dem nichts eine bundeskonzferenz kommt. die einladungen dazu haben wir bereits mitte juli ver-schickt.

dazu verfasste die 'BUU-HH' (nach der trennung in zwei gruppen) eine resolution in der sie sich gegen eine bundeskonzferenz wandte.
 1. weil dies den beschlüssen von hannover wider-spräche, daß die nächste bundeskonzferenz erst zu-sammen mit aktionswochen im september stattfin-

den soll, und die bundeskonferenz während dieser aktionswochen einberufen werden solle.

2. der vorschlag bundeskonferenz am 27./28.08. ließ wichtige entscheidungen außer acht, wie die tagung des gerichts anfang september zu brokdorf, oder andere brennpunkte wie gorleben, grohnde. esensham und biblis.

"auf der sitzung des planungsausschusses am 7.8. wurde die buu-hh deswegen kritisiert, weil von ihr nicht versucht wurde durch eine änderung der tagesordnung und der themenschwerpunkte, doch noch eine bundeskonferenz zustande zu kriegen. auch sei es nicht zulässig, auf entscheidungen der gerichte zu vertrauen bzw. zu warten. davon können keine aktionen abhängig gemacht werden. ein redebeitrag stellte klar, daß die buu-hh über haupt gegen eine bundeskonferenz und eine nationale großaktion in kalkar ist. zurückgewiesen wurde auch die formulierung in der resolution der buu-hh, daß der vorschlag bundeskonferenz von "kpd nahestehender seite" gekommen sei. planungsausschuss und landeskonferenz haben die tagesordnung für eine bundeskonferenz akzeptiert. der vorschlag, zu kalkar eine bundeskonferenz abzuhalten geht auch darauf zurück, daß zur durchführung einer nationalen großaktion ein beschluß einer bundeskonferenz vorliegen muß. außerdem wurde von anderer seite der standpunkt vertreten, daß eine bundeskonferenz die gefahr einer spaltung in sich trage."(aus dem schreiben des informationsausschusses nrw vom 11.08.)

die planungsausschußabstimmung ging mit 9:6:3 gegen eine bundeskonferenz aus.

der gemachte vorschlag eine woche vor kalkar eine bundeskonferenz abzuhalten wurde zurückgewiesen, dagegen schlägt nrw vor ein treffen von vertretern größerer initiativen und zusammenschlüsse z.b. bba oder landeskonferenz nrw, zu organisieren das sich genauere punkte überlegt, wie und was die nächste bundeskonferenz für aufgaben zu leisten hat. dies erfordert jedoch einen breiten meinungsbildungsprozeß in einzelnen initiativen.

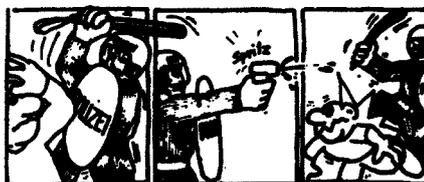
die letzten auseinandersetzungen fanden statt mit dem bbu- vorstand.

verschiedene mitglieder der bbu, die an der vorbereitung der demonstration am 24.09. beteiligt waren, wandten sich an den damaligen vorsitzenden des bbu, wüstenhagen, der jedoch nicht reagierte und keinerlei unterstützung und beteiligung erkennen ließ. die verstärkte kritik innerhalb und außerhalb des bbu zwang wüstenhagen offensichtlich zum rücktitt. unmittelbar danach setzte das interesse des bbu vorstandes und auch des nrw landesverbandes (lbu) ein. die hoffnung auf eine ernsthafte zusammenarbeit war vorhanden. die ersten gemeinsamen beratungen verliefen befriedigend. verschiedene konkrete vorbereitungen

und organisierungen der aktion liefen an. in der bürgerlichen presse, einschließlich der 'uz' (zeitung der dkp) kamen verstärkt berichte mit dem tenor: bbu veranstaltet demonstration in kalkar, friedliche aktion der bbu in kalkar, dies ließ beim leser eine gezielte pressekampagne des bbu-vorstandes vermuten. mit dem hinweis:"ihr kennt doch alle die presse, die schreiben nur was ihnen passt" versuchten bbu-vertreter diese berichte zu bagatellisieren. erneut setzte eine diskussion über gewaltfreies vorgehen am 24.09. ein. bbu und lbu vorstände wollten als entscheidende festlegung das 'prinzip der gewaltfreiheit' in den aufruf mit augenommen sehen, da wir sonst 'bei der bevölkerung nicht ankommen' und da wir 'sonst nicht glaubwürdig erscheinen können'. als beispiel wurde die erste friedliche besetzung in wyhl genannt. hierbei wurde malville als letzte fortsetzung von brokdorf und grohnde genannt, wo auch opfer in kauf genommen würden. eine gewaltsame auseinandersetzung käme nicht in frage und würde auch nichts bringen.

alle an der bisherigen vorbereitung beteiligten, verteidigten den erzielten kompromiß, der besagt:

"wir suchen keine konfrontation mit der polizei. wir wollen den snr 300 verhindern! die gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der regierung und der atomindustrie, die gegen den erklärten willen der bevölkerung den brüter bauen wollen;"



diese einschätzung wird durch das vorgehen der polizei schon in der vorbereitungsphase der aktion bestätigt. denn inzwischen sind zahlreiche anzeigen gegen akw-gegner wegen 'teilnahme an unerlaubten versammlungen' ergangen. diese haben sich zum photographieren oder musizieren in der nähe des brüters aufgehalten, oder nahmen an treffen im freundschaftshaus auf der wiese gegenüber dem bauplatz teil.

große empörung entstand, als folgendes bekannt wurde:

1. der kommissarische vorstand der bbu hatte ein gespräch mit dem spiegel in dem er sagte: bei der demo in kalkar wird sich zeigen "wer wen im griff hat". damit meinte der bbu vorstand nicht regierung und betreiber, sondern die brokdorffahrer, ob er sie endlich im griff hat.
2. klaus renken, vorsitzender der lbu, verbreitete in einem gespräch mit der westdeutschen allgemeinen zeitung (waz) nach seiner teilnahme an der planungsausschußsitzung folgendes:

"wir werden singen und nicht steine werfen."
inzwischen hat er an den planungsausschuß noch
einen brief geschrieben worin es heißt:
" alle die mit dem kopf und nicht mit nackter
gewalt vorgehen sind bei uns willkommen."

3. es wurde ein brief zu einem treffen von
"gewaltfreien" bekannt, der von der bürgeraktion
küste stammt. darin wird vorgeschlagen. 1. "der
ganze niederrhein ein diskussionsforum" und
"aktion grüner punkt" d.h. die kennzeichnung der
"gewaltfreien" durch einen grünen punkt während
der aktion. dadurch würden praktisch automatisch
alle anderen als 'gewalttäter' deklariert und als
freiwill für die provokationen der polizei frei-
gegeben.

die empörung richtete sich dagegen und gegen den
versuch über das 'prinzip der gewaltfreiheit' der
gesamten demokratischen bewegung gegen das atom-
programm den stempel der bbu aufzudrücken .
die breiteste mehrheit (19:3:0) richtete sich ge-
gen dieses vorgehen. insbesondere wurde klarge-
stellt, daß unabhängig von den verschiedenen for-
men des widerstandes unsere einheit in der grund-
sätzlichen ablehnung des atomprogramms besteht.

die regierung und die betreiber bis hin zur dkp
versuchen in die widerstandsbewegung einen keil
zu treiben in 'vernünftige gewaltfreie' und
'extremisten, die nur ihre suppe kochen wollen'.
darauf lassen wir uns nicht ein. wir haben des-
halb eine presseerklärung verfaßt in der wir die
presse auch zum arbeitstreffen eingeladen haben.
die holländer haben ebenfalls gegen diese vorge-
hen protestiert, auch wenn auch sie für eine ge-
waltfreie demonstration eintreten.

um verschiedene formen und möglichkeiten des wi-
derstandes auszuarbeiten haben wir einen ausschuß
eingesetzt, der sich damit beschäftigt. wir wol-
len alle taktischen mittel ausnutzen um diese de-
monstration am bauplatz durchführen zu können.

abschließend will ich noch feststellen: wir ha-
ben bisher viele klippen umschiff und wirkliche
erfolge erzielt in der vorbereitung einer macht-
vollen demonstration in kalkar. ich denke, wenn
wir diesen weg fortsetzen, werden wir am 24.09.
unserem ziel, der verhinderung des schnellen
brüters und des gesamten atomenergieprogramms
der bundesregierung ein großes stück näher kom-
men!



RESOLUTION AN DEN BBU

Die Teilnehmer des nationalen Treffs zur Vorbe-
reitung einer Demonstration in Kalkar halten
an der Durchführung einer einheitlichen Ak-
tion auf Grundlage des Aufrufs von 40 Bürgerini-
tiativen fest. Dieser Aufruf, der unter interna-
tionaler Beteiligung zustandekam, und auf eine
Bauplatzbesetzung am 24.9. verzichtet, soll es
allen AKW-Gegnern ermöglichen, in einer großen
einheitlichen Aktion, unabhängig von den partei-
politischen Auffassungen zu demonstrieren. Wie
nicht anders zu erwarten, war das Ergebnis Ziel-
scheibe einer mittlerweile bekannten Pressehetze,
in der von vorbereiteten Gewalttaten und Chaoten-
aktionen die Rede ist. Dies ist der wiederholt

erfolgte Versuch, die AKW-Bewegung durch Krimi-
nalisierung und Einschüchterung zu schwächen und
zu spalten. Wie auch anlässlich der Demonstration
am 19.2. dieses Jahres in Brokdorf rief diese
Pressehetze Teile von BBU-Führern auf den Plan,
die sich dieser Hetze erst anschlossen. Sie dif-
famierten Teile der Anti-AKW-Bewegung als "Gewalt-
täter", die es zu isolieren gelte. In einem Fall
wurde sogar ausdrücklich die Polizei aufgefordert
die AKW-Gegner schon beim Anmarsch zu durch-
suchen. Es liegt auf dieser Linie, daß u.a. eine
Schutzausrüstung gegenüber der erfahrenen staat-
lichen Gewalt, wie z.B. Helme, als Vorbereitung
auf gewalttätige Überfälle bezeichnet werden.

Wir erinnern daran, daß hemmungslos auch erklärtermaßen friedliche Demonstrationen überfallen wurden, daß unsere Gegner darauf setzen, uns mit Drohungen und Verboten - Verbot von Schutzrüstung, Demonstrationsverbot - freiwillig zu zwingen, auf unsere Rechte zu verzichten, um uns so wehr- und schutzlos zu machen!

In diesem Sinne werden auch Gesetze vorbereitet, die es Demonstranten verbieten wollen, sich gegen Polizeiübergriffe zu schützen. Auf diesem Wege soll die Anti-AKW-Bewegung zum Freiwild erklärt werden. Um so notwendiger ist unsere Einheit, trotz Differenzen! Einige BBU-Führer haben gezeigt, daß sie an dieser Einheit offensichtlich kein Interesse haben! Ihr Hauptanliegen besteht darin, die erreichte gemeinsame Grundlage zu Fall zu bringen! Sie wollen der Bewegung nicht nur eine Form des Kampfes - die Gewaltfreiheit - vorschreiben, sondern ihnen geht es darum, die Kraft der Anti-AKW-Bewegung dafür einzusetzen, Druck auf Abgeordnete

auszuüben (Zitat LBU-Vorsitzender Renken): "Warum investieren wir nicht die gesamte Kapazität unserer bescheidenen Mittel in die Aufklärung der Wähler? Ich möchte das Parlament sehen, was dann noch die Interessen der Atomlobby vertritt, wenn es von den Wählern den eindeutigen Auftrag dazu nicht hat!" Um diese Zielsetzung durchzusetzen, orientieren entweder auf Spaltung der Aktion, oder sie boykottieren die Einheit. Demgegenüber erklären wir: Wir halten an der Einheit der Bewegung und gemeinsamen Aktionen fest, um unsere Forderungen zu verwirklichen:

**KEIN SCHNELLER BRÜTER IN KALKAR
WEG MIT DEM ATOMPROGRAMM**

Auf der Unterstützungskonferenz zu Kalkar am 27.8. in Duisburg mit ca. 90 Ja- und 1 Gegenstimme bei 10 Enthaltungen angenommen.

neues in und um kalkar

4 Tage nachdem die Landeskonzferenz NRW beschlossen hatte am 24.09 in Kalkar eine Großkundgebung durchzuführen, tauchten in Schulen in Kleve, Goch, Xanten und Umgebung Beamte des politischen Kommissariats der Kriminalpolizei auf, um die Möglichkeiten der Unterbringung für Einheiten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes zu klären. Aus Gesprächen mit einzelnen Lehrern und Hausmeistern ging hervor, daß sie für ca. 10.000 Personen Quatiermöglichkeiten festmachen sollten. Diese schnelle Reaktion war kein Einzelfall. Die Polizei nützte fortan jede Möglichkeit die örtlichen AKW-Gegner zu irritieren und massiv einzuschüchtern. Leute, die abends nach einer Fête einlied vor der Brüterbaustelle sangen bekamen eine Anklageschrift wegen Teilnahme an einer unerlaubten Kundgebung/Demonstration zugestellt. Auf dieser Ebene gibt es schon ein dutzend Vorfälle, die oftmals insbesondere AKW-Gegner betreffen, die noch nicht öffentlich in dem Maße wie andere hervorgetreten sind. Dadurch soll ganz klar erreicht werden, daß die Leute, die noch nicht so aktiv sind und auch noch nicht so erfahren im Umgang mit der Polizei sind, sich aus der Arbeit zurückziehen und nach diesem Plan nur noch Aktivisten übrigbleiben. Diese lassen sich durch solch vordergründige Methoden nicht so leicht einschüchtern und das weiß die Polizei. Deshalb versucht sie durch Einschüchterung von Personen, die weniger aktiv sind ein Bindeglied zur Ortsansässigen Bevölkerung auszuscheiden und eine breite Solidarität und Mitarbeit zu untergraben.

Informationsarbeit und jeder Widerstand vor

ort soll dadurch verhindert werden, daß das Anti-Informationszentrum geräumt werden soll laut zugestellter Verfügung.

Schon bei der kleinen Aktion Ostern dieses Jahres hat man gesehen, daß der Brüter eines der wichtigsten Glieder im Atomenergieprogramm der Bundesregierung ist. Die Sicherungsmaßnahmen wurden verstärkt, neue Zäune gezogen bzw. Nato-Draht verlegt. Polizei aus ganz NRW war zusam-



mengezogen worden, Reiterstaffeln wurden im großen Umfang nach Kalkar verlegt und die gesamte Polizei am Niederrhein wurde in Alarmbereitschaft versetzt, d.h. sämtliche Freistunden wurden gestrichen. Das Verhältnis, das sich bei dieser Aktion ergab, waren 500 Demonstranten gegenüber ca. 2.500 Polizisten (vorsichtig geschätzt) unter Einsatzleitung des NRW-Innenministers Burkhard Hirsch.

nun, angesichts der Tatsache, daß es in Kalkar

zu einer großaktion kommen wird, wird kalkar zu einer festung ausgebaut, die im vergleich zu brokdorf oder grohnde oder sonstigen befestigungsanlagen um akws eine drastische veränderung bedeutet. rund um den brüter wird eine 5 m hohe stahlbetonmauer gezogen. diese stahlbetonmauer setzt am tiefsten punkt eines wassergrabens an, der bis auf 5 m breite ausgebaut werden soll. die stahlbetonmauer ist im unteren teil glatt durchgehend und im oberen teil sind stahlbetonstäbe eingelassen, die versetzt sind, so daß sich "schießscharten" ergeben. auf dem baugelände wird ein erhöhter wasserwerferweg angelegt, um das gelände vor der mauer besser bestreichen zu können. dazu kommen noch allerlei 'kleinigkeiten'.

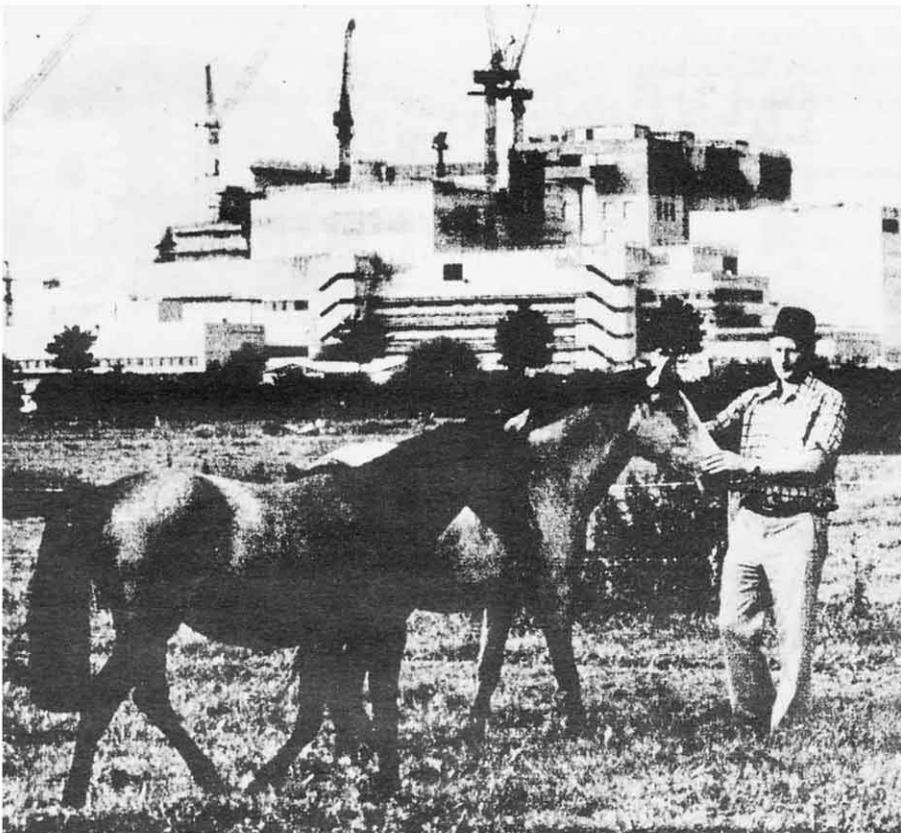
KOSTENAUFWAND: 8,5 - 13 millionen dm.



§ 7 ATOMGESETZ VERFASSUNGSWIDRIG ?

landwirt maas, der sein gelände nicht an die schnelle brüter gmbh verkauft hat und als kirchenvorstand von kalkar-hönnepel gegen den verkauf von kirchengelände an diese gekämpft hat führt auch den prozeß gegen den schnellen brüter dieser prozeß wird seit jahren mit der unterstützung von niederländischen und deutschen bürgerinitiativen durchgeführt.

die erste instanz vor dem verwaltungsgericht in düsseldorf ging verloren. die berufungsverhandlung vor dem oberverwaltungsgericht münster erregte bundesweites aufsehen. wie vorher in einem brief an die prozeßbeteiligten angekündigt, meldete das oberverwaltungsgericht verfassungsrechtliche bedenken hinsichtlich des § 7 des atomgesetzes an. das ovg erstellte einen vor-



Ex-Kirchenvorstand Maas vor dem künftigen Kernkraftwerk *Aus: "Stern"*
 »Ich will den Baustopp erzwingen«

lagebeschluß für das bundesverfassungsgericht um diesen punkt abzuklären.

die entscheidung wurde damit begründet, daß das atomgesetz hinsichtlich der damals in frage kommenden leichtwasserreaktoren erstellt worden sei, der schnelle brüter aber weitreichende politische folgen, vor allem im grundrechtsbereich des einzelnen bürgers habe, insbesondere durch die einföhrung einer plutonium-wirtschaft, verstoße es gegen die absicht des grundgesetzes, wenn aufgrund einer vorschrift, die unkonkret und unzureichend ist, eine exekutive entscheidungen mit ungeheueren ausmaßen träfe. derartige grundsatzentscheidungen seien dem geiste des grundgesetz nach der legislative vorbehalten. das eigentliche verfahren wurde ausgesetzt bis zur entscheidung des bundesverfassungsgerichtes.

dieser gerichtsbeschluß bedeutet für uns keinen vorteil, keinen sie, wie es manche gerne deuten mögen. hier wird lediglich daran gearbeitet, entscheidungskompetenzen hinsichtlich von grundsätzlichen punkten (schneller brüter, wiederaufarbeitungsanlage, endablagerung) auf das parlament zu verschieben, zu verlagern.

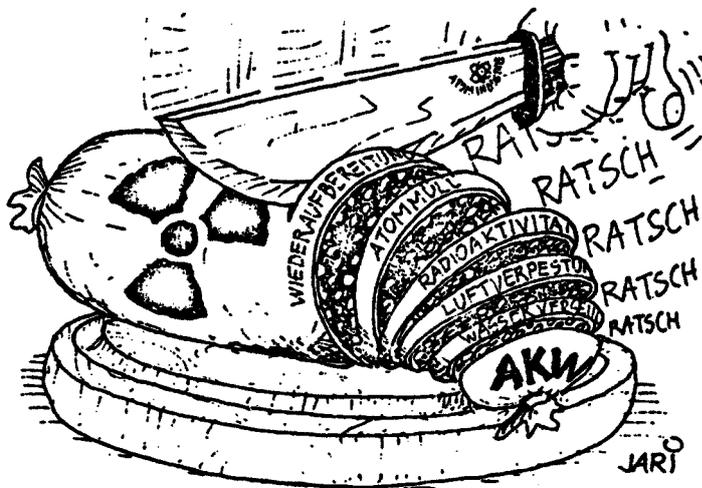
das bedeutet eine weitere macht- und entscheidungskonzentration in gremien, die nicht in der



nähe des bürgers sind und auch so schnell nicht vom bürger wohl aber von der atom-lobby zu beeinflussen sind.

wenn das bundesverfassungsgericht gemäß dem vorlagebeschluß entscheidet, gäbe es fortan nur zwei instanzen: a) das parlament b) das bundesverfassungsgericht. die verwaltungsgerichtsebene, auf der bisher einige wenn auch sehr bescheidene erfolge erzielt werden konnten bliebe ausgeschaltet. das käme der erfüllung einer alten forderung der atom-lobby und ihrem anhang gleich, daß es nicht angehe, daß eine einzelperson milliardenprojekte, die die gesamte energieverorgung oder gar die sicherung und schaffung von arbeitsplätzen gefährden könne.

die bundesdeutschen politiker und insbesondere die aus nrw benutzten das urteil zu einer art



panikmache in hinsicht auf das ganze atomenergie programm, sicherung der arbeitsplätze und der energieverorgung und was sonst noch alles grundsätzlich in frage gestellt sei. gleichzeitig wird aber auch damit eingestanden, daß die plutoniumwirtschaft der dreh- und angelpunkt des atomenergieprogramms ist, denn das ovg münster hat seine bedenken nur hinsichtlich des schnellen brüters geäußert.

S P E N D E N K O N T O :

Für den Prozeß gegen den Schnellen
Brüter Kalkar
Kreisparkasse Kalkar 5104633
Interessengemeinschaft, Meerweg I
4192 Kalkar-Hönnepel
Kennwort : Prozeß

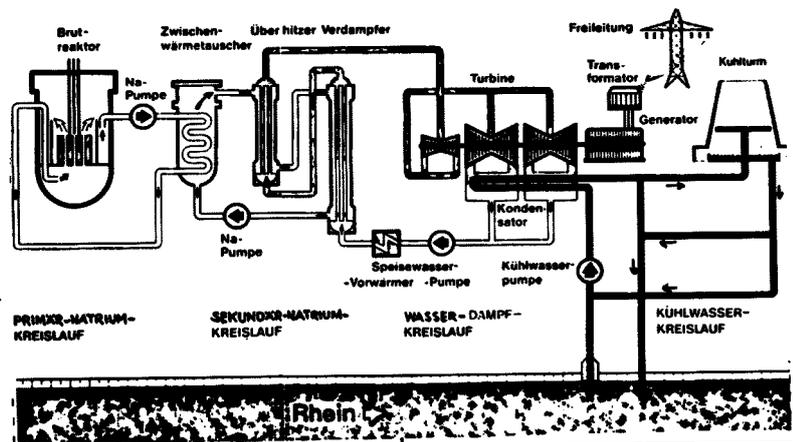


SCHNELLER BRÜTER – SCHNELLER TÖTER

1. beim "schnellen brüter" wird flüssiges natrium-metall durch den reaktor gepumpt und dabei - durch die bei den kernspaltungen entstehende wärmeenergie - auf nahezu 600 grad erhitzt. es überträgt diese wärmeenergie auf wasser und verdampft dieses für den antrieb der kraftwerksturbine. bei der wärmeübertragung ist das natrium nur durch dünne, stählerne rohrwände vom wasser getrennt. tritt dort ein leck auf und dringt wasser ins natrium, so kommt es zu einer explosionsartigen chemischen reaktion mit druckstößen, die verschiedene anlageteile zerstören können. an luft gerät ausströmendes natrium sofort in brand, erzeugt stark ätzende schwaden und ist fast nicht zu löschen. übliche löschmittel (wasser, kohlendioxid, tetra) würden den brand nur noch stärker anfachen; für natrium geeignete speziallöschpulver sind gegen fließendes oder tropfendes natrium nicht einsetzbar. nach neueren informationen sollen natriumbrände von mehr als 100 kg nicht mehr löschar sein.

2. wird die zirkulation des natriums durch den reaktor gestört, z.b. durch pumpenausfall oder bruch einer umwälzleitung, wird der brennstoff (uran + plutonium) überhitzt und kann in sekunden zu schmelzen beginnen. durch zusammenschmelzen, jedoch bereits auch durch verdampfen des natriums zwischen ihnen, kann der reaktor so weit überkritisch werden, dass es zu einer explosion kommt. sie hat nicht die stärke einer atombombe, kann jedoch den reaktorkessel zerstören und dabei mehr radioaktivität freisetzen als tausend hiroshima - bomben. eine derartige explosion ist bei den "normalen" wassergekühlten reaktoren nicht möglich, weil dort bei vergleichbaren störungen die kernspaltungen nachlassen oder völlig aufhören, selbst ohne eingreifen der steuerstäbe, die ja versagen können. auch dort kann der brennstoff bei versagender notkühlung schmelzen. die vom schnellen brüter drohende gefahr ist sichtlich noch um ein vielfaches größer.

3. die radioaktive verseuchung weiter landstriche kann bei einem katastrophalen brüter-unfall noch weitaus größer werden als bei einem anderem atomkraftwerk. verglichen mit einem solchen kann ein brüter die dreivierfache menge hochradioaktiver stoffe in sich ansammeln (bei gleicher kraftwerksleistung). vor allem enthält er 10-15 mal so viel plutonium. das im schnellen brüter als spaltstoff eingesetzt und dabei zugleich aus uran wiedererzeugte plutonium (es eignet sich außerdem zum bau von atombomben) ist die gefährlichste und giftigste radioaktive substanz, es strahlt noch jahrtausende fast unvermindert und wird insbesondere bei bränden (siehe 1.) sehr intensiv und fein verteilt und ausgebreitet. eingeatmet kann weniger als 1 millionstel gramm lungenkrebs bewirken. im kalkarer brüter würden sich 1,5t befinden. ein teil dieser menge müßte außerdem immer wieder zwischen dem kraftwerk und der geplanten und für schnelle brüter unverzichtbaren wiederaufbereitungsanlage für kernbrennstoffe hin und her transportiert werden, was die gefahr noch mehr erhöht.



FRAUEN GEGEN **AKW**

An den Vorbereitungen der Aktion gegen den Schnellen Brüter beteiligen sich auch eine Anzahl Fraueninitiativen und Frauengruppen aus der BRD und Holland. Auf der nationalen Unterstützungskonferenz zu Kalkar am 27.8. hatten Frauen aus 14 verschiedenen Frauengruppen und BI's eine Arbeitsgruppe "Frauenmobilisierung" gebildet. Wir haben dort einen Frauenaufruf beschlossen, den wir national an alle Frauengruppen verschickt haben. Hier ein Auszug aus unserem Schreiben: "In unserem Gespräch haben wir festgestellt,

daß sich bisher nur sehr wenige Frauen in BI's gegen AKW's und Frauengruppen an den Vorbereitungen beteiligt haben. Auch um eine spezielle Frauenmobilisierung wurde sich bisher nur sehr wenig gekümmert. Dafür "sorgen" sich die AKW-Betreiber sehr um die Frauen. So sollen wir in unserer Hausfrauenrolle angesprochen werden, wenn gedroht wird, daß wir ohne AKW's demnächst Wäsche wieder mit der Hand und dem Waschbrett waschen müssen obwohl soviel "für uns" entwickelt wurde, sogar elek-

trische Lockenwickler!

Wir glauben nicht an die Lüge: "Ohne AKW's gehen die Lichter aus!", und haben kein Interesse, den Bau solch riesiger Massenvernichtungsmittel zu unterstützen. Wir wollen leben und nicht das Leben aller, insbesondere unserer Kinder, gefährdet sehen.

Mit dem § 218 wird uns das Recht auf Selbstbestimmung über unseren Körper verweigert, mit der "Begründung", ungeborenes Leben schützen zu wollen.

Die hier so laut für ungeborenes Leben eintreten sind es aber, die den Bau von AKW's befürworten und damit bewußt Gesundheits- und Lebensgefährdung von Millionen von Menschen in Kauf nehmen. WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN DIESEN ZYNISMUS!

Bereits in Brokdorf und Grohnde haben sich Frauen zu Frauenblöcken zusammengeschlossen und damit ihren Widerstand gegen AKW's entsprechend ihren Kräften und Möglichkeiten ausgedrückt. Das stärkt uns und unseren Kampf gegen Atomanlagen. Frauen gemeinsam sind stark!

Dementsprechend haben wir bei unserem Treffen in Duisburg schon einige Vorstellungen entwickelt:

- In allen BI's sollen die Frauen die Frage gemeinsamer Frauenaktionen und einer besonderen Frauenmobilisierung zum Ausdruck bringen.
- Örtliche Frauenblöcke (keinen gesamten, um die örtliche Organisation nicht zu zerreißen) sollen gebildet werden.
- Aktionen während der Demo, die unsere besondere Betroffenheit als Frauen und unsere bisherige Stellung im Kampf gegen AKW's ausdrücken, sollten geplant werden.
- Darüberhinaus sollte es in unserem Interesse liegen in den konkreten Anlauf der Demo möglichst viele Demonstrationsteilnehmer aktiv einzubeziehen!



Schwachsinnige Kinder durch Genveränderung – der Vater arbeitete in der WAA West Valley in den USA – für die Firma ist der Zusammenhang „nicht bewiesen“. Dr. Reza Ghaffari: „Ich praktiziere seit sieben Jahren in dieser Gegend und mein Eindruck ist, daß wir relativ viele angeborene Mißbildungen haben. Wir haben sehr viele Krebserkrankungen, eine Menge Wasserköpfe, eine Menge von Gaumenspalten; aber man kann nichts verbindliches sagen; es gibt einfach keine statistischen Daten.“

Um mehr Frauen für die Anti-AKW-Bewegung zugewinnen, wollen wir spezielle Aktionen für Frauen durchzuführen. Um uns dabei zu unterstützen, wollen wir ab jetzt regelmäßig Informationen, Erfahrungen und Material austauschen. Außerdem haben wir Kontakt mit den holländischen Frauengruppen aufgenommen, die für Kalkar mobilisieren. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Veranstaltungen vor und nach Kalkar durchführen.

Wer interessiert ist, diese Veranstaltungen mit vorzubereiten und an dem Erfahrungsaustausch der Anti-AKW-Gruppen teilzunehmen, schreibe bitte an Regina Gröger

Markstr.407c
463Bochum 1 Tel:0234/72144

Frauen wehrt Euch-leistet Widerstand!
Frauen erklären Atomkraftwerken den Krieg!
Das sicherste Atomkraftwerk ist das, das nicht gebaut wird!

Kontakte zu NRW Bürgerinitiativen :

Bi "Stop Kalkar" Kleve
4190 Kleve-Kellen
Haus am Damm

NBA Ortsgruppe Moers
c/o J.Bender
An der Schneckull 7
4130 Moers

Interessengemeinschaft
gegen Radioaktive Ver-
seuchung
Meerweg I
4192 Kalkar-Hönnepel

Duisburger Bürgerini-
tiative gegen Atoman-
lagen
c/o Jörg Rating
Junckernstr. 17
4100 Duisburg I

Bürgeraktion "Stop
Kalkar" Moers
Zahnstr.23
4130 Moers

BUD Düsseldorf
Joachim Loeppke
Königsburgerstr.228
4000 Düsseldorf

AKW-NEIN Leverkusen
c/o Michael schlickwei
5090 Leverkusen-Rheindorf
Schäfershütte 8

Bi Essen
c/o Günter König
Rubensstr. 58 a
4300 Essen

Bi KKW-Nein Köln
Brabanterstr.31
5000 Köln

Bi Mönchengladbach
c/o Aki Schmidt
Parkstr.8
4050 Mönchengladbach I

Bürgeraktion Umwelt Bonn
Endenicherstr.97
5300 Bonn

AKU Münster
c/o Wolfgang Hoffmann
Uppenbergstr.16
4400 Münster

AK Hagen
Moltkestr.18
5800 Hagen

Akw-Nee Aachen
Krugnofen 15
5100 Aachen

Bi Gelsenkirchen
c/o Peter Donsbach
gecksheide 69
4660 Gelsenkirchen-Buer

Bi Recklinghausen
Paulusstr.40
4350 Recklinghausen

Pressespiegel

Die Landesregierung hat „untrügliche Beweise“ In Kalkar wollen die Radikalen am 24. September stürmen

Von unserem Redaktionsmitglied

H.-W. H. Düsseldorf. Die geplante friedliche Demonstration in Kalkar am 24. September gegen die Kernenergie soll von radikalen Stoßtrupps unterwandert und

zu einem gewalttätigen Angriff benutzt werden. Das ist in einem Bericht „mit untrüglichen Beweisen“ des Innenministeriums an die NRW-Regierung enthalten.

Bei gestrigem Redaktionsschluß war noch nicht ganz sicher, ob die Bürgerinitiativen die geplante Demonstration nun anmelden werden oder nicht. Wenn, dann will Innenminister Hirsch darauf bestehen, daß diese Demonstration auf dem Marktplatz von Kalkar stattfindet, also weit entfernt von dem Gelände, wo der Atommeiler gebaut wird. Dort wollen sich

dem sicheren Vernehmen nach radikale Gruppen, zum Sturm auf das Baugelände versammeln.

Ministerpräsident Kühn und Innenminister Hirsch haben sich entschlossen, das höchstmögliche Polizeiaufgebot zu mobilisieren. Hirsch sagte, es würde unter allen Umständen jeder Provokationseindruck vermieden werden. Es sollte aber auch allen

schon jetzt klar sein, daß ein etwaiger Sturm der Radikalen auf die Rechtsordnung und ihre Güter „mit allen möglichen Mitteln“ zerschlagen würde.

Die Bürgerinitiativen gegen Kernenergie müßten geschützt bleiben, sagte Hirsch weiter. „Ich halte sie nicht für eine negative Erscheinung.“ Der Innenminister verteidigte

auch den „Grundgedanken“ des Oberverwaltungsgerichts Münster, wonach das Parlament „so schwerwiegende“ Probleme wie den Aufbau einer Kernenergie zur Stromversorgung „ausdrücklich selbst entscheiden“ sollte. Hirsch meinte weiter: „Es wäre besser gewesen, das Parlament wäre vor den Richtern auf diesen Gedanken gekommen.“

NRZ 9.9.77

Aus dem Aufruf zur Demo nach Kalkar

Wir halten Bauplatzbesetzungen, wie in Wyhl, Brokdorf und Grohnde für berechtigte Kampfaktionen. Wir halten eine Bauplatzbesetzung in Kalkar am 24.9.1977 jedoch für nicht durchführbar. Eine spätere Besetzung wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei. Wir wollen den SNR 300 verhindern! Die Gewalt geht nicht von uns aus, sondern von der Regierung und der Atomindustrie, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerung den Brüter bauen wollen.

beschlossen von:

Interessengemeinschaft gegen radioaktive Verseuchung (Kalkar)

Bürgeraktion 'Stop Kalkar' (Moers), NBA-Vorstand, BI Duisburg,

BI Leverkusen, BI Stop Kalkar (4 Ortsgruppen), BI Hagen, BI KKW-Köln, BI Niederrhein-Krefeld, Umweltschutzgruppe Aachen,

BI Mühlheim/Ruhr, BI G'kirchen, Büro f. Atomenergieprobleme Bochum, AKW-NEE Gruppe Aachen, 34 Initiativen

der Landeskonferenz NRW, AUD.

'LANDELIJK ENERGIE KOMITEE' (Dachverband gegen Atomenergie i. d. Niederlanden) Stromgroep 'Stop Kernenergie Niemwegen'



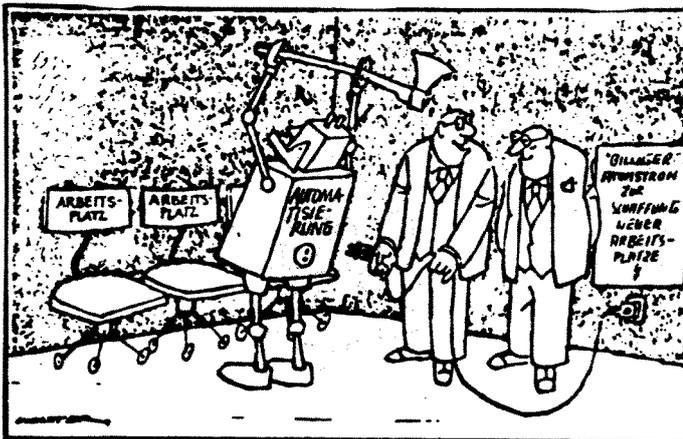
ATOMSTROM UND ARBEITSPLÄTZE

atomstrom und arbeitsplätze

die befürworter der atomenergie rechtfertigen die mit ihr verbundenen risiken (von ihnen verschämt restrisiken genannt) häufig mit dem hinweis; atomenergie schaffe arbeitsplätze.



so argumentieren sie allerdings erst, seit mit der arbeitslosigkeit bei der bevölkerung ängste ausgenutzt werden können. in der er- richtungsgenehmigung für das kkw wuhl von 1975, zu einem zeitpunkt also, zu dem die arbeitslosigkeit relativ gering war, hieß es noch: "es ist deutlich erkennbar, daß ein zunehmender strombedarf in folge der wei- teren rationalisierung zu erwarten ist." in der tat. wie die statistiken zeigen, ist der stromverbrauch pro arbeitsstunde in den letzten jahren ständig gestiegen. die zahl der industriearbeiter hat dagegen um 1 mio abgenommen. viele arbeitsplätze wurden durch den einsatz von maschinen wegrationalisiert, für die strom gebraucht wird. also hat der strom dazu beigetragen, arbeitsplätze zu vernichten. aber wieviel neue arbeitsplätze hat er geschaffen?



"Und nun passen Sie mal auf, was passiert, wenn ich das Ding hier einstecke!"

nach angaben des deutschen instituts für wirtschaftsforschung, werden beim bau eines akw im wert von über 1 mia dm insgesamt 3000-4000 arbeiter über 6-7 jahre beschäftigt. beim bau eines kohlekraftwerks dagegen 7000 arbeiter über denselben zeitraum. dazu kommen zusätzliche arbeitsplätze im bergbau. würden kohlekraftwerke mit entschwefelungsanlagen versehen und ihre standorte wegen des kohlen- dioxyds einigermaßen verstreut gewählt, so könnten sie eine alternative zu kkw's dar- stellen. dass die atomindustrie daran nicht interessiert ist, zeigt der fall ibbenbüren, wo ein genehmigtes kohlekraftwerk nicht ge- baut werden kann, weil sich die rwe weigert, den strom in zukunft abzunehmen. indem die rwe ihre monopolstellung im fall ibbenbüren ausnutzt, gefährdet sie tausende von arbeitsplätze im dortigen bergbau.



atomenergie schafft keine arbeitsplätze - und sichere schon garnicht!

in akw's gibt es zwei arten von arbeitsplätzen: zum einen die weniger gefährlichen, hochquali- fizierten plätze, nur von chemikern, physikern und organisationsfachleuten besetzt werden können. zum anderen die gefährlicheren unter- geordneten arbeitsplätze. in den bestehenden atomanlagen gibt es laufend betriebsunfälle und störungen. für die reparatur und säuberungs- arbeiten werden dann arbeitslose, haftentlassene und obdachlose angeheuert, die vorher garnicht wissen, worauf sie sich einlassen und die bei einem tageseinsatz oft schon die gesetzlich zugelassene strahlendosis aufnehmen. als das reaktorgebäude des atomkraftwerks grundremm- ingen von 2000000 litern radioaktiv verseuch- tem wasser rund drei meter unter wasser gesetzt wurde, bemerkte der dortige direktor reinhard ettemeyer, als er auf die arbeiter angespro- chen wurde, die die reinigungsarbeiten ausföhr- ten: "wo die wohnen und wo die herkommen, wi-

ssen wir nicht."

1973 streikten 2000 arbeiter der waa windscale in england wochenlang gegen die radioaktive gefahr.nach einem betriebsunfall waren 38 arbeiter der wikung von plutonium ausgesetzt, von dem schon 0,00001 g zu lungenkrebs führen. 1975 starben dann auch drei arbeiter an diesem. in der französischen waa la hague stieg die zahl der arbeitsunfälle von 280 im jahr 1973

auf 572 im jahr 1975,und blutkrebs mußte als berufskrankheit anerkannt werden. der betriebsarzt von la hague:"die verantwortlichen haben vor kurzem gesagt,wir sind zum erfolg verurteilt,die arbeiter denken, wir sind verurteilt,verurteilt in einer fabrik zu leben,die schlecht geplant,schlecht verwaltet und schlecht organisiert ist."

SOLCHE ARBEITSPLÄTZE NEIN DANKE !!

BERICHT DES ERMITLUNGS-AUSSCHUSS

ODER WIE MAN »KRIMINELLER« WIRD !

BISHER BEKANNT GEWORDENE ÜBERGRIFFE

I. nach städten geordnete übersicht:

I.1 düsseldorf:

ein strafbefehl zu je 10 tagessätzen zu 10,- dm erging gegen 2 akw-gegner. diese hatten am 16.02.77 ein gebäude der bundespost mit aufrufplakaten zur brokdorf-demonstration beklebt. die bundespost stellte strafantrag. die staatsanwaltschaft berief sich auf §§ 303, 25 abs.2 des stgb. dieser beinhaltet sachbeschädigung.

I.2 düsseldorf:

strafbefehle zu je 20 tagessätzen zu 15,- dm ergingen gegen 2 akw-gegner; ein verfahren nach dem jugendstrafrecht steht noch aus. am 17.05. sollen anti-akw-plakate an ein haltestellenhäuschen der straßenbahn geklebt worden seien. von den polizei-zeugen wurde nur der fahrer beobachtet, der 2 akw-gegner, die beim kleben nicht gesehen wurden, in sein fahrzeug aufnahm. trotzdem hatte daraufhin einer der drei in unkenntnis der rechtslage das bekleben zugegeben, worauf die anzeige gegen alle drei erfolgte.

I.3 düsseldorf:

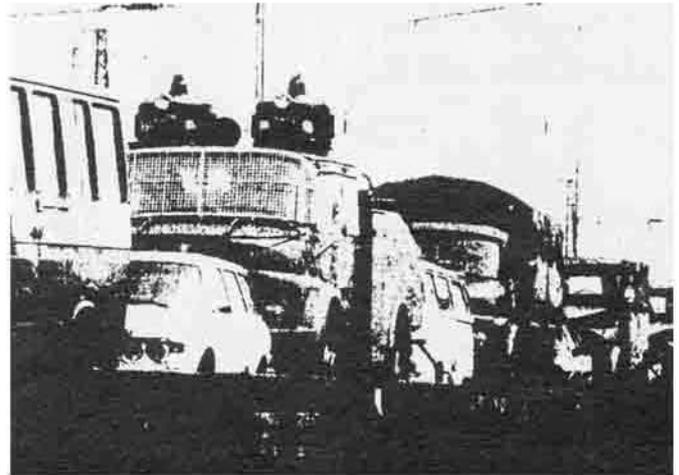
zwei akw-gegner (gegen 4 weitere wird noch ermittelt) erhielten jetzt eine anklageschrift zugestellt. sie werden angeklagt, in der zeit von anfang april bis 10.04.77 entweder diebstahl (§242 stgb) oder hehlerei (259 stgb) begangen zu haben. folgendes war geschehen: ein vw-bus wurde anlässlich einer verkehrskontrolle beim osterspaziergang in kalkar gefilzt. dabei wurden 7 mülltonnendeckel aus plastik entdeckt, die, so behauptet die staatsanwaltschaft, zu schutzschilden umgearbeitet worden seien. alle sechs businsassen werden angeschuldigt, die se deckel gestohlen oder sie sich " in kenntnis dieser strafbaren herkunft verschafft zu haben" (welches den tatbestand der hehlerei erfüllen würde), "um sie für die geplante auseinandersetzung mit der polizei aus anlaß der demonstration in kalkar einzusetzen". - die angeklagten machten keine angaben zur herkunft der deckel. der erste prozeß fand am 25.08.77 vor dem schöff-

fengericht in düsseldorf statt:

FREISPRUCH FÜR DIE ANGEKLAGTEN!!!

I.4 Kalkar

als ein akw-gegner aus gefälligkeit einige personen nach einer versammlung nach hause fuhr, folgte ihm ein streifenwagen, er wurde schließlich angehalten und aufgefordert, seine papiere zu zeigen. auf den einwand, er müsse die papiere erst zusammensuchen, entgegnete der polizist: "hören sie lieber auf, zu kramen, sonst schieße ich sie durchs knie."



I.5 Kalkar

auf einem platz schräg gegenüber vom bauplatz des schnellen brüters wird von »kw-gegnern ein gegen-informationszentrum errichtet; das gelände und den schuppen hat ein landwirt zur verfügung gestellt. dort führte die polizei eine ausweiskontrolle durch. wer seinen ausweis nicht dabei hatte wurde auf die wache mitgenommen. auf die frage der akw-gegner, ob man sie etwa 'anarchistischer umtriebe' verdächtigen würde, kam die antwort: "so kann man es nennen."

I.6 kalkar

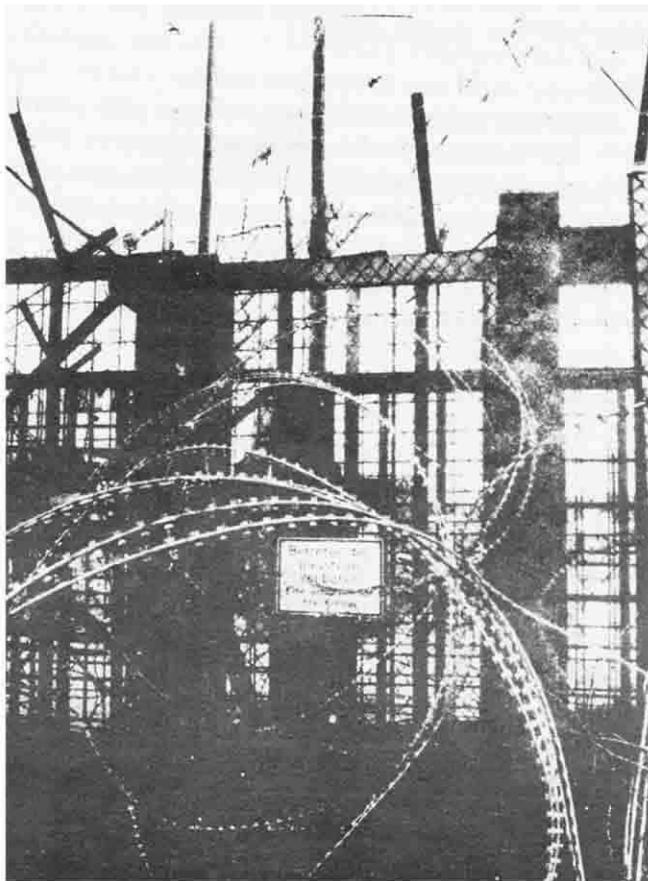
mitglieder der bi stop kalkar wurden willkürlich beschuldigt 'wild plakatiert zu haben' und ihnen wurden strafen in form der kosten des reinigungsbetrages angedroht.

I.7 kalkar

leserbriefschreiber an die rheinische post wurden von der polizei aufgesucht und aufgefordert, namen und adressen der verantwortlichen der bistop kalkar zu nennen. selbstverständlich gingen sie nicht auf diese dreiste aufforderung ein.

I.8 kalkar

ein akw-gegner, der zufällig auf eine kleine gruppe von personen gestoßen war, erhielt eine anzeige von der polizei und außerdem eine vorladung vom 14.K., der politischen polizei. in der vorladung hieß es : "zu ihrer vernehmung (wegen) einer nicht angemeldeten demonstration am 9.6.77



in kalkar, bei der sie festgestellt und ihre personien notiert wurden, werde ich sie am ... in ihrer wohnung aufsuchen.

I.9 kalkar

teilnehmer eines jugendlagers der 'falken', die einen spaziergang zum bauplatz unternommen und auch fotoapparate dabei hatten, erhielten anzei- gen wegen "teilnahme an einer verbotenen demon- stration."

I.10 duisburg

am 5.8.77 wurden zwei akw gegner beim spritzen einer parole überrascht; die spritzschablone wurde beschlagnahmt.

I.11 duisburg

des "wilden plakatierens" wurden zwei akw-gegner von einer zivilstreife beschuldigt, die in einem

unbeleuchteten auto auf sie zufuhr als das 'plakat' angebracht wurde. gröÙe des 'plakates': 10 x 10 cm. es handelte sich um den aufkleber der duisburger bürgerinitiative gegen atomanlagen! die zivilpolizisten versuchten eine taschen kontrolle, als die beiden sich weigerten wurde ein streifenwagen gerufen. in diesen wagen wur- den die beiden gewaltsam gezerrt und die tasche gewaltsam geöffnet. in ihr befand sich ein ein- zelnes flugblatt (ein persönliches exemplar), welches beschlagnahmt wurde, da es den "tatbe- stand der staatsgefährdenden verhetzung" erfülle. es handelte sich hierbei um ein informations- flugblatt zu den vorgängen in malville!

I.12 duisburg

mehrfach parkten zivile einsatzfahrzeuge der po- litischen polizei provokatorisch vor häusern von akw-gegnern. über minuten hinweg ließen sie den motor laufen und drehten den sprechfunkverkehr so laut, daß er noch einen straßenzug weiter ver- ständlich war. so sollen unsicherheiten und ein klima von verdächtigungen in der nachbarschaft geschaffen werden.

I.13 duisburg

ähnlich provokatorisch postierte sich ein beamter der politischen polizei in einem ein- satzfahrzeug (das ziemlich bekannt ist) gegen- über dem haus von akw-gegnern, packte eine ka- meraausrüstung aus und schraubte ein riesiges tele auf und fotografierte den morgen über das haus, bewohner und besucher. anzumerken bleibt hier noch, daß ab und an ein penetranter 'schat- ten' an fahrzeugen von mitgliedern der duisbur- ger bürgerinitiative klebt.

I.14 gütersloh

auf dem weg zu einer anti-akw-demonstration wurden bewohner einer wohngemeinschaft von poli- zisten aufgehalten und einer durch nichts zu rechtfertigenden ausweiskontrolle unterzogen.



I.15 gütersloh

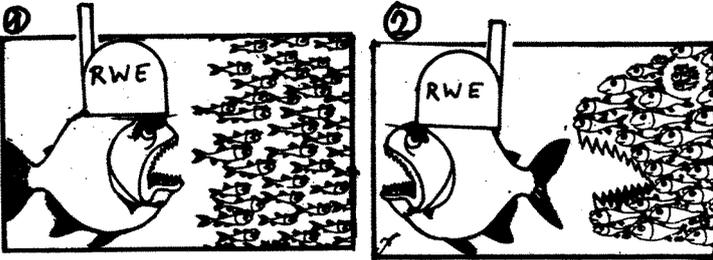
hinsichtlich des alarmplans grohnde wurde die gütersloher kontaktadresse der bürgerinitiative von der polizei überwacht. als es bei anlaufen des alarmplans den bewohnern trotzdem gelang unbemerkt aus dem haus zu kommen, um die anderen mitglieder vom alarm zu informieren, wird eine stadtweite fahndung nach dem fahrzeug und dessen halter eingeleitet. zudem wurde vor jede wohn-

gemeinschaft ein einsatzwagen der polizei beordert. als der 'flüchtling' schließlich gefunden war, wurde er noch bis vor die haustüre von einem streifenwagen begleitet, wo dann noch einmal sicherheitshalber der ausweis des pkw-halters kontrolliert wurde.

ein protokoll des polizeifunkes wird noch veröffentlicht!

I.16 verschiedene städte
eine reihe von fahrzeugen (u.a. aus duisburg, düsseldorf, wuppertal) wurden während des vorbeifahrens auf der straße, die am bauplatz des schnellen brüters vorbeiführt, von der polizei über längere zeit festgehalten, kontrolliert und notiert.

II. F O L G E R U N G E N !



es steht zu befürchten, daß dies nur ein kleiner teil der übergriffe der polizei und justiz gegen akw-gegner darstellt, da viele fälle überhaupt nicht bekanntgegeben werden, weil man sie für unbedeutend hält und meint, "man würde damit schon alleine fertig werden". die beispiele belegen aber insgesamt, daß das überhebliche und provokatorischen verhalten der polizei eine qualität erreicht hat, wo nicht nur die sehr aktiven akw-gegner getroffen werden sollen, sondern verstärkt alle, die sich in irgendeinem zusammenhang mit atomgegnerschaft bringen lassen. das ziel der akw-betreiber und des staatsapparats ist es dabei, die anti-akw-bewegung auszuschalten, bzw. sie dort, wo sie noch sehr schwach und unerfahren ist, gar nicht erst entstehen zu lassen.

jede dieser maßnahmen richtet sich gegen die anti-akw-bewegung insgesamt. sie muß deshalb auch von der gesamten anti-akw-bewegung bekämpft und zurückgeworfen werden.

möglich ist dies nur, wenn über alle fälle berichtet wird, und wenn alle fälle sowohl juristisch als auch politisch bekämpft werden. der kampf gegen die kriminalisierung und diskriminierung von akw-gegnern ist mit dafür entscheidend, ob es gelingt das atomenergieprogramm der bundesregierung zu fall zu bringen.

in nrw ist von diesem kampf bisher noch nicht besonders viel zu sehen:

- in einigen prozessen ist bisher noch nicht einmal die anwaltsvertretung geregelt

- viele akw-gegner sind über ihre rechte gegenüber polizei und justiz unzureichend informiert
- die politische bedeutung dieser anzeigen, prozesse, behinderungen ... ist offensichtlich vielen akw-gegnern noch nicht klar;
- es fehlt eine solidaritätsbewegung
- es gibt nur eine mangelhafte berichterstattung

ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN!!!

wo unrecht zu recht wird, wird widerstand zur
P F L I C H T!



Nach langem Zögern und eingehender Prüfung unserer Argumente verstarb heute das

VERTRAUEN

unserer Mitbürger in unsere Propaganda.

In tiefer Trauer:
Die Atomindustrie
Der faire Dialog
Die Energiekrise
und Die Gefährdung
der Arbeitsplätze

Für die Beweise lieber Anteilnahme danken wir herzlich.



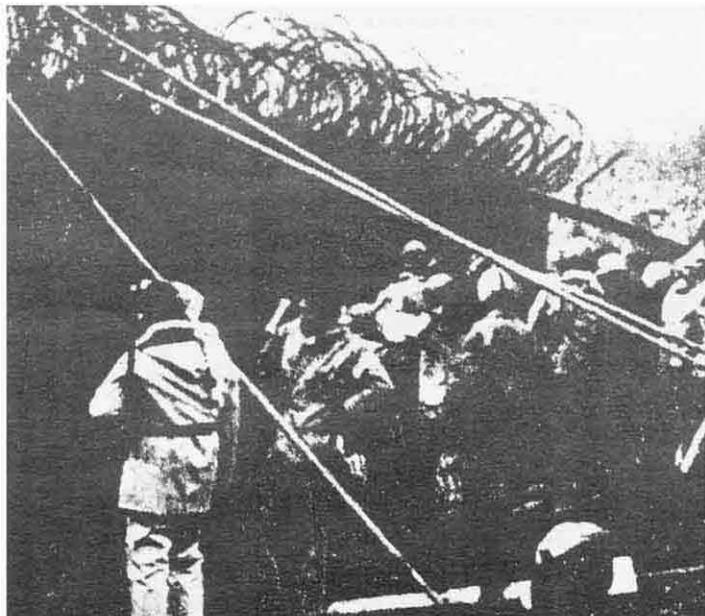
Presseerklärung der Grohnde Angeklagten

zusammen mit 26 demonstranten sind wir am 19. märz dieses jahres während der demonstration von 20 000 atomenergiegegnern gegen das im bau befindliche atomkraftwerk in grohnde festgenommen worden. gegen sechs von uns wird jetzt anklage wegen landfriedensbruch, körperverletzung, widerstand gegen die staatsgewalt und andere strafvorwürfe erhoben. unsere prozesse sollen vor der großen strafkammer in hannover verhandelt werden. diese kammer wird eingeschaltet, wenn die schwere der vorwürfe sehr hohe strafen erwarten läßt. diese strafandrohungen und die umfangreichen und schnellen ermittlungen sind bisher einmalig im zusammenhang mit dem widerstand gegen atomanlagen in westeuropa.



viele menschen haben lange zeit versucht, in erörterungsverfahren und gerichtsverhandlungen ihr recht auf gesundheit und eine gesicherte existenz zu erhalten oder zu verteidigen. während die betroffene bevölkerung in verhandlungssälen über die ungelösten gefährdungen diskutierte, wurden jedoch außerhalb der säle vollendete tatsachen geschaffen: atomkraftwerke werden weiter betrieben, in nacht-und-nebel-aktionen baustellen eingerichtet, akw's in betrieb genommen, atommüll produziert und die umwelt verseucht. uns wird eine spielwiese angeboten, auf der wir unsere argumente vortragen können, aus denen jedoch keine oder nur unwesentliche konsequenzen folgten und folgen.

aufgrund der erfahrungen, daß die verteidigung der lebensinteressen nicht an parteien, parlamente und gerichte delegiert werden kann, sondern daß der widerstand in die eigene hände genommen werden und praktisch zum ausdruck kommen muß, verlegte die bevölkerung in wyhl ihren widerstand auf den bauplatz. durch die platzbesetzung verhinderte sie bislang den bau des dort geplanten atomkraftwerks seit nun dreieinhalb jahren und erreichte durch politischen druck die einstellung aller strafverfahren .



auch wir sind aufgrund unserer erfahrungen und weil wir durch jedes akw bedroht sind nach grohnde gegangen; zusammen mit 20.000 akw-gegnern, um praktisch den bau des dortigen atomkraftwerks zu verhindern. den breiten und unterschiedenen widerstand großer teile der bevölkerung, den von vielen bürgerinitiativen angekündigten besetzungsversuchen tritt die regierung mit polizeieinsätzen von bisher nicht gekannter brutalität entgegen, um das atomprogramm durchzusetzen.

- einsatz chemischer kampfstoffe, zum teil aus wasserwerfern und vom hubschrauber aus in dichte menschenansammlungen.



- einsetz von reiterstaffeln, die ihre pferde in zurückweichende demonstranten hineintrieben.
- willkürlicher einsetz von schlagstöcken, eisenstangen und steinen durch die polizei und den bundesgrenzschutz gegen demonstranten am baugelände.
- als besonders zynische maßnahme sehen wir in diesem zusammenhang das geplante verbot von sogenannten passiven waffen, von schutzhelmen, gesichtstüchern und gasbrillen an. wir wagen uns nicht vorzustellen, was einigen von uns passiert wäre, wenn wir diesen selbstschutz nicht gehabt hätten.
- es wurden filme, fotos in großer zahl aufgenommen und zivile polizei unter den demonstranten eingesetzt, um dies irgendwann einmal gegen jeden demonstranten verwenden zu können (prozesse berufsverbote etc.).
- es wurden gerüchte über tote polizisten verbreitet, um die polizei gegen die demonstranten aufzuhetzen.



bei unserer festnahme und beim transport zum hahnelner gefängnis wurden wir mit äußerster rohheit behandelt. man nahm uns die kleidung weg, ließ uns stundenlang in der kälte stehen, wir bekamen nichts zu essen, man verzögerte und verweigerte die ärztliche versorgung. uns wurden angebliche beweismittel unterschoben, wir wurden mit haftbefehlen wegen versuchten tötungsschlages eingeschüchert und bis zu 24 stunden in polizeizellen gefangen gehalten. uns wurde rechtshilfe von anwälten und bürgerinitiativen durch polizeiliche maßnahmen verweigert oder sehr erschwert.

die bevorstehenden prozesse sind politische prozesse. der regierung geht es darum, das atomprogramm gegen den willen der bevölkerung durchzusetzen. die regierung und betreiber versuchen in einer diffamierungskampagne den widerstand



Beinahe Durchbruch gelungen. - Zaunlücke wird mit Stacheldraht gesperrt

dadurch zu brechen, daß sie vor der öffentlichkeit akw-gegner als verbrecher bezeichnen. ministerpräsident albrecht hat uns in der öffentlichkeit bereits vorverurteilt: "... wir haben eine reihe von verhaftungen vorgenommen; ich hoffe, daß unsere gesetze es zulassen, daß die dann auch ihrer gerechten strafe zugeführt werden."

offensichtlich soll erreicht werden, daß alle akw-gegner, die glauben durch das parlament und die gerichte akws verhindern zu können, sich von aktiven widerstandsformen distanzieren und daß die bewegung gespalten wird. da offensichtlich ist, daß sich sehr viele menschen gegen das atomprogramm wehren, und es sich keine regierung leisten kann, zur zeit mehrere hunderttausend menschen deswegen ins gefängnis zu bringen, werden bei jeder demonstration immer wieder einzelne herausgegriffen und verhaftet, um sie dann exemplarisch zu bestrafen und alle anderen abzuschrecken.

darüber hinaus soll jetzt der kampf gegen akws durch einschränkung des demonstrationsrechts mit verhindert werden. wir werden uns durch dieses vorgehen von regierung, atomindustrie, polizei



Der Bahndamm in Emmerthal wird blockiert.

staatsanwaltschaft und gerichten nicht davon abhalten lassen, unser recht auf widerstand gegen das lebensgefährliche atomprogramm und gegen das spiel mit unserer gesundheit wahrzunehmen. wir sollen stellvertretend für den widerstand vieler 10.000 menschen vors gericht gestellt werden.

wir werden uns nicht von der gerechten demonstration in grohnde am 19. märz 77 distanzieren und lassen uns auch nicht spalten!

wir fordern die sofortige einstellung unserer prozesse und halten weiter an unseren forderungen fest:

KEIN AKW IN GROHNDE UND AUCH NICHT ANDERSWO!
SCHLUS MIT DEN BÜRGERKRIEGSMANÖVERN DER POLIZEI!
KEINE ATOMMÜLLEDEPONIE UND WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE!

WEG MIT DEM ATOMENERGIEPROGRAMM!
SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER STRAF/ UND ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN AKW-GEGNER!

die presseerklärung der angeklagten wurde von uns nur unwesentlich um einen teil über gefährlichkeit von akws gekürzt. diese wird in anderen beiträgen dargestellt.

WIR LASSEN UNS NICHT KRIMINALISIEREN!
UNSER WIDERSTAND GEHT WEITER!

WEHRT EUCH!
LEISTET WIDERSTAND!

INTERNATIONALES SOMMERCAMP

DES "BUND DEUTSCHER PFADFINDER" IN GARTOW-
GORLEBEN, DEM GEPLANTEN STANDORT FÜR EINE
WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

eine bunte truppe von akw-gegnern aus der brd, und westberlin hatte sich im camp versammelt. hinzu kamen freunde aus den niederlanden, frankreich, der schweiz und anderswo. die waa als das herz des gesamten atomprogramms ist uns akw-gegnern ein großer dorn im auge. um so erfreulicher war, daß sich die zusammenarbeit mit der örtlichen bi lücho-dannenberg positiv entwickelte. die zu beginn bestehende skepsis gegenüber den campern, weil es fast alles "brokdorf-fahrer" waren, konnte überwunden werden. ein weiteres hindernis mußte beiseite geräumt werden. der "arbeiterkampf 2" schrieb eine woche vor dem camp, die bi-führer hätten den kampff schon beraten und warten nur noch auf eine möglichst hohe abfindung.

was hat das alles gegeben?

besonders war für unsere zusammenarbeit, die zusammenarbeit der bi. so wurde der weitere ausbau des geplanten bauplatzes vorgenommen, ein freundschaftshaus wurde errichtet, ein erdhaus wurde gebaut, der kinderspielplatz hergerichtet (er wurde mutwillig zerstört - von wem wohl?), und vieles anderes mehr. gleichzeitig wurden viele veranstaltungen gemeinsam vorbereitet zu den gefahren der waa sprachen jens scheer und fritz storim, zur batelle studie kam wolf schluchter zu einem vortrag (er war mitarbeiter des batelle instituts), ein frauenabend, ein bauernabend mit bauern aus dem lichtenmoor und ein liederabend mit buki aus whyl und walter mossmann, war unser

programm. besonders entwickelte sich die zusammenarbeit, als wir ernteeinsätze bei den bauern machten. nach einem tag arbeit und verzweifelter kost gab es erregte diskussionen, ob wir kleine leute die waa verhindern können, wenn die regierung diese beschlossen hat. hier waren die erfolge wie whyl und brokdorf beispiele für den kampff im vertrauen auf die eigene kraft. besonders gefreut hat uns deshalb, daß zum schluss ein gutes dutzend bauern sich zusammen getan hat, um selbst den kampff weiter zu führen. insbesondere beschäftigten sie sich auch mit bio-gas-anlagen für ihre höfe, um unabhängig in ihrer eigenen energieverorgung zu werden.

viele campteilnehmer bedauerten, das schnell herangekommene ende dieser ferienzeit, die eng verbunden waren mit unserem widerstand gegen das atomprogramm. der viele regen konnte manchmal die stimmung trüben, doch ernsthaft gefährden konnte er sie nie. wir fuhren in unsere heimatorte zurück mit der gewissheit: es wird keine probebohrungen und keine waa geben-gorleben soll leben und gorleben wird leben (wir kommen wieder)!



LAGER BROKDORF ABGERÄUMT

mit der vorbereitung der massendemonstration am 19.2.77 in der wilster marsch, bekamen die betreiber kalte füße. obwohl sie ständig hinausposaunten, die festung sei uneinnehmbar, räumten sie dennoch den gesamten bauplatz von den baumaschinen frei. so wurde das erste mal ein wirklicher baustop in brokdorf erreicht. so wichtig unsere kämpferische aktion am 19.2. für die gesamte bewegung war, so ist doch von entscheidender bedeutung, daß die bevölkerung der umgebung diesen kampf aktiv selbstständig führt. um diesen widerstand zu stärken, wurde von der BUU hamburg ein lager am bauplatz vorbereitet. mehrere wochen wurden vorbereitungen in der wilster marsch getroffen. vor allem gab es viel skepsis, ob sich dieses lager verwirklichen ließe. denn jedem war die hetze gegen das antiatom-dorf in grohnde bekannt. vor allem bauern gaben unterkunft während der vorbereitungen,

spendeten holz, damit schnell feste bauten errichtet werden konnten. konkrete schritte wurden unternommen, um einen erneuten baubeginn zu verhindern. bereits wenige tage nach errichtung des lagers wurde der platz durch eine große polizei-aktion geräumt. "verstoß gegen flurordnungen" und andere an den haaren herbeigezogenen begründungen mußten herhalten, um dieses lager abzuräumen. noch ist der plan, erneut ein lager zu errichten, nicht aus der diskussion. wichtiger ist jedoch, das erneut verstärkte anstrengungen unternommen werden, um die rückführung der baumaschinen zu verhindern. so wird gerade heute der praktische widerstand gegen das akw brokdorf verstärkt, wird der 13. 9. vorbereitet, denn dann soll wieder ein "unabhängiges gericht" über das akw brokdorf entscheiden.

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!

MALVILLE - SOLIDARITÄT !!

Am 31.7.77 wurden anlässlich der Demonstration gegen den geplanten "Schnellen Brüter" in Malville (Frankreich) von der Polizei 1 AKW-Gegner getötet und über 100 verletzt, davon zahlreiche schwer. Durch von der Polizei wahllos in die Menge geworfene sog. Offensivgranaten, deren Druckwelle noch in 10 m Entfernung spürbar ist, und durch Gasgranaten mit Explosivwirkung entstand ein Teil der schweren Verletzungen. Dem französischen AKW-Gegner Michel Grandjean wurde das halbe Bein abgerissen, dem Bremerhavener Manfred Schulte die rechte Hand so zerfetzt, daß sie amputiert werden mußte. Die Menschenfeindlichkeit und Brutalität des von den französischen Behörden zu verantwortenden Einsatz dieser Kriegswaffen gegen AKW-Gegner zeigt sich auch darin, daß 3 Polizisten der Bürgerkriegstruppe CRS durch eine Granate schwer verletzt wurden (einem Polizisten wurde der halbe Unterarm abgerissen).

Die von der CRS wahllos herausgegriffenen Gefangenen wurden in ein Polizeigefängnis gebracht und dort z.T. viehischen Behandlungen ausgesetzt. Dies bestätigt der "Bericht eines Gefangenen" (MZ v. 7.8.77).

7 AKW-Gegner wurden von einem französischen Schnellgericht in einem skandalösen Urteil zu Gefängnisstrafen und Ausweisung auf Lebenszeit verurteilt. Selbst die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" mußte zugestehen, das sich die Anklagevertreter in "Beweisnot" befanden (FAZ vom 8.8.77)

Deswegen rufen wir zur Solidarität mit den Opfern der polizeilichen und juristischen Repression in Malville, insbesondere Manfred Schulte, auf.



3000 demonstrierten am 6.8. in Hamburg

Die Bremerhavener Bürgerinitiative gegen Atomanlagen (BBA) hat bereits begonnen, Unterschriften zu sammeln, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei und für eine öffentliche Untersuchung und Strafverfolgung der Schuldigen einzutreten und dagegen zu protestieren, daß zur Absicherung der Pläne der Atomindustrie Tote und Schwerverletzte bewußt einkalkuliert werden.

Michel Grandjean hat sich an Manfred gewandt, um mit ihm zusammen über die Rechtsanwälte die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes von Creys-Malville zu verklagen.

Manfreds berufliche Zukunft ist noch ungeklärt, ebenso die Finanzierung der weitergehenden ärztlichen Versorgung.

Um Manfred hierbei und beim Vorgehen gegen die französischen Behörden zu unterstützen, ist mit einer Spendensammlung begonnen worden. Auch wenn wir mit der Unterstützung der internationalen Solidaritätskampagne rechnen können (so ist der Flug von Manfred von Frankreich nach Bremerhaven aus internationalen Spenden finanziert worden), ist dieser Betrag bei weitem nicht ausreichend.

Deshalb rufen wir dazu auf, Manfred auch durch

Spenden zu unterstützen:

Städtische Sparkasse Bremerhaven

Kontonummer 16 16 24 23

M. Rettig / Stichwort "Malville"

Kontakt: Malville Solidaritäts-Komitee

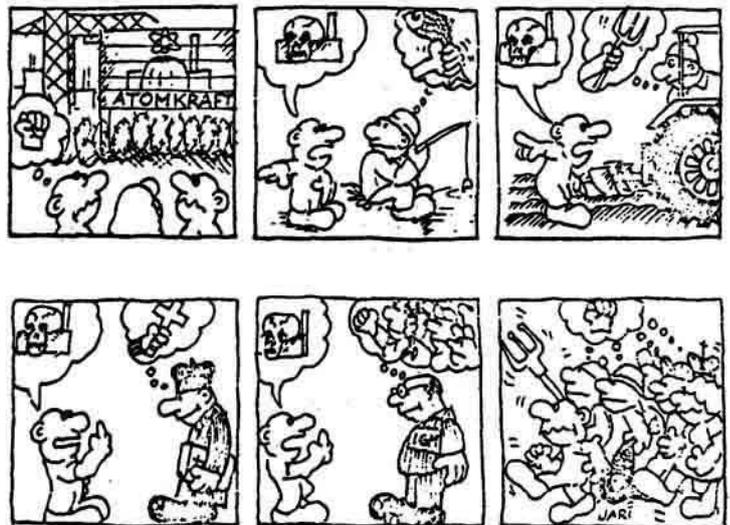
c/o M. Rettig

Schleusenstr. 23

Tel.: 0471 / 4 66 30

Was läuft in KALKAR am 24.9.?

am 24.9. werden voraussichtlich bürgerinitiativen und umweltschutzgruppen aus italien, schweiz, österreich, frankreich, luxemburg, belgien, den niederlanden, dänemark, schweden, norwegen, und der brd nach kalkar anreisen. um 10 uhr vormittags ist auf dem marktplatz in kalkar und den anliegenden seitenstrassen sammelpunkt für alle demonstrationsteilnehmer. die gesicherte an- und abreise aller demonstranten wird durch einen zentralen verkehrsausschuß koordiniert. um die zeit bis zum abmarsch der demonstration zur wiese am bauplatz zu überbrücken, wird auf dem marktplatz ein kulturprogramm mit strassentheater, musik und kurzen reden gegen das atomenergieprogramm durchgeführt. außerdem soll eine luftballonaktion gestartet werden. wenn sich alle demonstranten eingefunden haben, wird sich gegen 13 uhr der demonstrationszug in bewegung setzen. auf der wiese des bauern maus wird dann die abschlusskundgebung stattfinden



Es gibt viel zu tun.
Packen wir's an.



Spendet ↓

SPENDENKONTO :

VOLKSBANK KLEVE-KELLEN

700032 (STOP KALKAR)

↖ Spendet

Impressum :

V.i.S.d.P.

Büro für Atomenergieprobleme Bochum

Druck : Gegendruck Essen

Auflage : 3000 Preis : 1,- DM

Die "freie" Presse

"KONKURENZ" BITTET UMS WORT

1.9.77/schu

fs
an den betriebsrat



BIERGERINITIATIV
MUSELDALL A.S.B.L.
Chèque Postal 2252
Boite Postale 2255 Luxembourg

Lenningen, den 22. August 1977

[REDACTED]

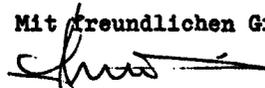
Sehr geehrte Herren!

Da bei uns in der Presse schon jetzt falsche Informationen über die geplante Manifestation in Kalkar (Autor Christian Kraemer Bonn) verbreitet werden möchten wir in der Luxemburger Presse eine Richtigstellung veröffentlichen.

Wir wären Ihnen dankbar für Informationen, Stellungnahmen und Auskünfte, die Sie uns zusenden könnten, damit wir falschen Informationen entgegenreten können.

Schon jetzt wünschen wir der Manifestation in Kalkar einen grossen Erfolg und wir werden prüfen wer von uns teilnehmen kann.

Mit freundlichen Grüssen


Fernand Schmit
secrétaire adjoint

Liebe kolleginnen, liebe kollegen

der 24.9.77 wird sicherlich wieder ein tag in der b.r.d. sein, an dem in der oeffentlichkeit erneut die problematik pro und kontra kernenergie zur diskussion gestellt wird. die tendenziöse berichterstattung in den massenmedien wird mit sicherheit dazu beitragen.

diesmal haben die buergerinitiativen sich den im bau befindlichen reaktor des "schnellen brueters" in kalkar aufs korn genommen. morgen werden es die im sicheren betrieb stehenden reaktoren von biblis oder anderswo sein. wir koennen einer solchen schadhaften entwicklung, die uns alle am lebensnerv trifft nicht laenger stillschweigend und tatenlos zusehen. die fuehrenden politiker dieser republik und ein grosser teil der gewerkschaftsfunktionaere sind schon so verunsichert dass kaum noch unterstuetzung zu erwarten ist.

wir beabsichtigen in der zeit vom 26.9. bis 1.10.77 an einem tage, in bonn oder duesselldorf eine demonstration zu veranstalten. eine solche absicht ist jedoch nur realisierbar wenn wir, die arbeitnehmer aus den unterschiedlichsten industriebranchen, die mit der kernenergie und kerntechnik engverbunden sind solidarisch zusammen stehen. wir fragen euch? seid ihr bereit an einer solchen demonstration teilzunehmen. fuer alle weiteren aktionen ist es unbedingt erforderlich innerhalb von 48 stunden eine rueckantwort an die genannte adresse zu erteilen.

in erwartung eines positiven bescheides verbleiben wir mit freundlichen gruessen

betriebsrat der firma interatom

friedrich-ebert-str.
5060 bergisch gladbach 1
tel. 02204/48 715 ++

Mit Hochdruck wird in Kalkar weitergebaut

Der Vorlagebeschluß des Oberverwaltungsgerichts Münster und die Reaktionen der Politiker

Von Hartwig Suhrbier (Düsseldorf)

Wenn sich das nordrhein-westfälische Landeskabinett am kommenden Dienstag zu seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause versammelt, werden sich die Minister zum erstenmal mit dem brisantesten landespolitischen Ereignis der Ferienzeit befassen, das sogleich auch bundesweit Schlagzeilen gemacht hat — mit dem Beschluß des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Münster vom 18. August 1977, den Paragraphen 7 des Atomgesetzes auf seine Verfassungsmäßigkeit hin vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe überprüfen zu lassen. Vordringliches Ziel dieser Erörterung der Düsseldorfer Kabinettschergen wird sein, eine gemeinsame regierungsamtliche Beurteilung und Sprachregelung zu dem vom 7. Senat gefaßten „Vorlagebeschluß“ festzulegen, der die Entscheidungsbefugnisse in der bundesdeutschen Atomenergiepolitik möglicherweise auf neue Grundlagen stellen könnte.

Bislang mangelte es fühlbar an einer „geballten und geschlossenen Erklärung“ (so ein Pressesprecher) der Düsseldorfer Landesregierung zu der Entscheidung aus Münster, weil die Regierung in Ferien war. Und was man aus Düsseldorf hören konnte, war allenfalls klar gegensätzlich und wurde später von dem hauptzuständigen Arbeits- und Sozialminister Friedhelm Farthmann (SPD) nur noch allein vorgetragen — vorwiegend in Form von Richterschele.

Bereits Ende Juli hatte der Senatsvorsitzende Konrad Gelzer, dessen Senat sich mit der Klage des Bauern Josef Maas gegen die Errichtung eines Atomkraftwerks vom Typ Schneller Brüter in Kalkar (Niederrhein) befaßt, in einem Brief an die Prozeßbeteiligten einen möglichen Gang nach Karlsruhe angedeutet. Gelzer bezweifelte in diesem Brief, ob der Paragraph 7 des Atomgesetzes — er räumt den Landesregierungen das Recht zur Genehmigung von Kernkraftwerken ein — nicht verfassungswidrig sei. Angesichts der außerordentlich gewichtigen und über Jahrhunderte hin bedrohlichen Folgen der Kernkraft-Technologie falle der Exekutive mit diesem Genehmigungsrecht möglicherweise ein Maß an Macht zu,

das auszuüben eventuell „allein dem Parlament“ gebühre.

Dieser Brief hatte sogleich gegensätzliche Stellungnahmen nordrhein-westfälischer Minister ausgelöst. Farthmann warnte sofort, die Aufhebung des Paragraphen 7 Atomgesetz durch Karlsruhe würde eine „entscheidende und tiefgreifende Kompetenzverschiebung zwischen Exekutive und Legislative“ bedeuten; vor allem aber würde der — wohl erst in zwei bis drei Jahren zu erwartende — Spruch des Bundesverfassungsgerichts die Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke so verzögern, daß die beschäftigungs- und energiepolitischen Konsequenzen „gar nicht abzusehen“ seien. Demgegenüber stimmte Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) dem OVG-Senat in seinen verfassungsrechtlichen Bedenken zu und ermunterte ihn sogar indirekt, diese Zweifel in Karlsruhe klären zu lassen. Zugleich kritisierte Hirsch das geltende Atomgesetz als unzulässig, weil es letztlich Richtern Entscheidungen zuschiebe, die nur politisch gefällt werden könnten.

Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer (FDP) wiederum, der in der Vergangenheit, wie Hirsch, wiederholt und eindringlich vor einem übereilten Ausbau der Kernkraftwerkskapazität — vor allem unter Hinweis auf technologische Unzulänglichkeiten — gewarnt hatte, sah das Heil in politischem Handeln: einer langwierigen Prüfung des Bundesverfassungsgerichts müsse man durch eine Initiative im Bundestag zuvorkommen; die dann notwendige Novellierung des Atomgesetzes biete Gelegenheit zur Grundsatzentscheidung „ob wir in der Bundesrepublik Kernenergie wollen oder nicht“. Nebenbei kam dies auch einer Rückendeckung des OVG-Senats gleich, weil Riemer damit indirekt ausdrückte, daß eine derartige Grundsatzdebatte bislang nicht stattgefunden habe. Im übrigen verlangte der Wirtschaftsminister, daß die Exekutive mit ihren Fachleuten schon wegen der vielen Detailfragen „Herr des Genehmigungsverfahrens“ bleiben müsse. Allenfalls in den Grundsatzfragen, Standort, Reaktortyp sowie Umwelt- und Sicherheitstechnologie, so räumte Riemer ein,

könne das Parlament das Recht erhalten, „im Einzelfall die Grundsatzentscheidung an sich zu ziehen“.

Um die Meinungsverschiedenheiten untereinander nicht noch deutlicher und ihr Echo in der Presse nicht noch lauter werden zu lassen, gaben Hirsch und Riemer schließlich keine Erklärungen mehr ab, als der 7. OVG-Senat nach einem Ortstermin auf der Baustelle Kalkar am 18. August beschloß, den Paragraphen 7 des Atomgesetzes auf seine Verfassungskonformität hin prüfen zu lassen — bezogen freilich allein auf Genehmigungsverfahren für Atomkraftwerke vom Typ „Schneller Brüter“, bei dem die Münsteraner Richter besonders schwerwiegende und weitreichende Folgen zu erkennen glauben.

Nur Arbeitsminister Farthmann ging erneut massiv an die Öffentlichkeit. Er zeigte sich „bestürzt“ über den Vorlagebeschluß und übte erstmals Kritik an der Behandlung der Klage des Bauern Maas durch das Münsteraner Obergericht. Der Minister empfand es als „skandalös“, daß die Klage in Münster gut drei Jahre gelegen habe und daß der Senat dann eine Stellungnahme binnen vier Wochen erbeten habe.

Daneben kündigte Farthmann an, er werde alle anstehenden Teilgenehmigungen für den Weiterbau des halbfertigen „Schnellen Brüters“ von Kalkar erteilen und warnte dabei indirekt den OVG-Senat, per einstweiliger Anordnung auch noch einen vorläufigen Baustopp für Kalkar zu verfügen. Farthmann machte mittlerweile auch eine Rechnung darüber auf, was ein solcher Baustopp kosten könnte. Bislang sind dort 1,1 Milliarden Mark verbaut worden; etwa eine weitere Milliarde wird bis zur Fertigstellung dieses Prototyps eines „Schnellen Brüters“ noch notwendig sein. Ein Baustopp könnte den Staat hohe Konventionalstrafen kosten, da entsprechende vertragliche Absicherungen mit den Firmen vorliegen. Insgesamt könnte ein Baustopp 1,5 Milliarden Mark kosten, meinte Farthmann. Da der Schnelle Brüter in Kalkar als Gemeinschaftsprojekt der Bundesrepublik, der Niederlande und Belgiens entsteht, könnte es auch zwischen diesen Staaten

rechtliche und finanzielle Folgen geben, wie inzwischen Bundesforschungsminister Hans Matthöfer (SPD) zu bedenken gab.

Außer den finanziellen Folgen einer Stilllegung der Baustelle in Kalkar sieht Farthmann noch beschäftigungspolitische Konsequenzen. Von 10 625 einschlägig Beschäftigten in der Kraftwerksindustrie müßten mangels anderer Aufträge womöglich 8970 entlassen werden. Im übrigen, so meinte der Minister, könne es sich die Bundesrepublik als hochtechnisiertes Land nicht leisten, die Option für diese Technologie nicht offenzuhalten.

Wie sehr der Beschluß der Münsteraner Oberrichter die politisch Verantwortlichen verstört hat, zeigen auch Äußerungen aus Bonn. Bundesjustizminister Jochen Vogel (SPD) sprach sich wie Riemer dafür aus, die Parlamente über Standorte, Zahl und Art der Atomkraftwerke entscheiden zu lassen. Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (SPD) sah als Folge des Vorlagebeschlusses die Gewaltenteilung gestört und schalt die Münsteraner Oberrichter in einem Interview, sie hätten ohne zwingenden Anlaß ihre eigenen Entscheidungen an die Stelle des Gesetzgebers gesetzt.

Dabei scheint es dem OVG-Richtern umgekehrt vor allem darum zu gehen, die Verwaltungsgerichte davon zu befreien, daß sie aufgrund ungenügender Gesetzesgrundlagen für den Gesetzgeber Politik machen müssen. Denn wenn Parlamente künftig Grundsatzentscheidungen der Kraftwerksplanung fällen, sind diese Entscheidungen — anders als die Verwaltungsakte der Regierungen — nicht mehr vor den Verwaltungsgerichten anfechtbar, sondern nur noch vor dem Verfassungsgericht.

In Kalkar gehen unterdessen die Bauarbeiten auf dem 18 Hektar großen Gelände weiter: Am Schnellen Brüter selbst und mit besonderem Hochdruck drumherum. Denn für den 24. September haben Bürgerinitiativen eine friedliche Großdemonstration angekündigt.